



Österreich schlittert in die Gleichstellungsrezession

Einen Bonus für die Kinderbetreuung zu Hause in einem Regierungsprogramm zu verankern ist nur ein Beispiel für Rückschritte bei der Gleichstellung von Mann und Frau. Gerade jetzt wäre die Einrichtung eines Gleichstellungsrats wichtig.

Manuela Vollmann, Nadja Bergmann, Andrea Leitner, Christine Mayrhuber, Margit Schratzenstaller

Seit 1980 sind Frauen und Männer in Österreich rechtlich gleichgestellt. Gleichstellung ist in der Bundesverfassung verankert und ein explizites Ziel der Budgetpolitik. Reformen haben verkürzte geschlechtsspezifische Rollenzuschreibungen verändert und dazu geführt, dass Frauen in den letzten Jahrzehnten im Bildungssystem und am Arbeitsmarkt aufholten: 20 Prozent der Frauen und 17 Prozent der Männer haben einen Hochschulabschluss. Zwischen 1980 und 2023 stieg der Anteil der erwerbstätigen Frauen von 52,5 auf 68,2 Prozent, jener der Männer sank um 3,4 Prozentpunkte auf 78,3 Prozent.

Langsamer Fortschritt

Die Fortschritte der vergangenen vier Jahrzehnte haben sich in jüngster Zeit verlangsamt. Die letzten Kilometer auf dem Weg zur Gleichstellung scheinen länger zu sein als die ersten. Gleichstellung steht immer weniger im Zentrum der politischen Prioritäten von Parteien und Regierung, und die aktuellen wirtschaftlichen und sozialen Probleme bedeuten auch für die Gleichstellungspolitik eine Rezession. Mangels politischer Gegenkonzepte bleiben die strukturellen Unterschiede bestehen.

■ **Erstens** ist die Bewertung und damit auch die Entlohnung von gesellschaftlich hoch notwendigen Tätigkeiten, die überwiegend von Frauen ausgeübt werden, in sozialen Dienstleistungsberufen wie Gesundheit, Pflege, Erziehung deutlich niedriger als in technischen Berufen. Nur etwa neun Prozent der Frauen schließen eine technische oder naturwissenschaftliche Ausbildung ab, bei den Männern sind es 51 Prozent. Die geschlechtsspezifischen Bildungsverläufe setzen sich auf dem Arbeitsmarkt fort und bedeuten für Frauen auch bei einem (nicht-technischen) Hochschulabschluss geringere Einkommen und Aufstiegschancen.

■ **Zweitens** hat sich die Beteiligung der Männer an der unbezahlten Betreuungsarbeit trotz steigender Frauenerwerbstätigkeit kaum erhöht, wie eine Erhebung der Statistik Austria zeigt. Auch die Beteiligung von Männern an der Elternkarenz stagniert auf niedrigem Niveau.

Die gesellschaftlich essenzielle Sorgearbeit, die überwiegend von Frauen geleistet wird, ist mit einem

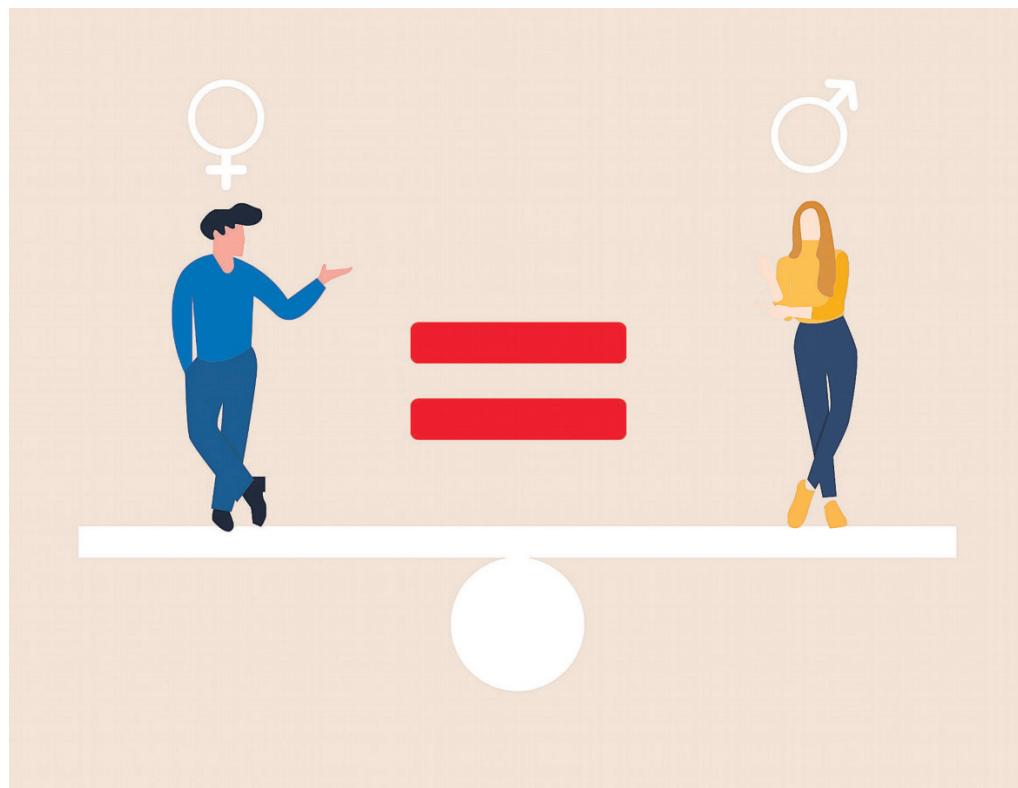


Foto Getty/Images / Arty Dary

Weiterhin gibt es strukturelle Unterschiede, die der Gleichstellung von Mann und Frau im Wege stehen.

hohen Armutsrisko sowie geringer Anerkennung und Bezahlung verbunden.

■ **Drittens** fehlen wirksame sozialpolitische Anreize für eine egalitäre Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit, zum Beispiel ein Karenzsystem, das getrennte Karenzzeiten für Väter und Mütter wirksam fördert oder eine geschlechtergerechte Reduzierung der Erwerbsarbeitszeit unterstützen.

■ **Viertens** kommt der Ausbau eines flächendeckenden und qualitativ hochwertigen Betreuungs- und Bildungsangebots für Kinder und pflegebedürftige Personen nur sehr langsam voran. Die von Frauen geleistete Betreuungsarbeit schränkt ihre berufliche Entfaltung ein, Teilzeitarbeit und Teilzeiteinkommen ermöglichen keine finanzielle Unabhängigkeit und verhindern die vol-

le Nutzung ihrer Qualifikationen, wodurch die Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt weiter verstetigt werden.

Frauen sind in Österreich nach wie vor mit verschiedenen Ungleichheiten konfrontiert, sowohl bei der Verteilung von Arbeit und Einkommen, Vermögen und sozialer Absicherung wie auch der Beteiligung an ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Entscheidungen. Diese Ungleichheit und der Stillstand in der Gleichstellungspolitik schaden sowohl der Wirtschaftskraft Österreichs als auch den Betroffenen und damit der Gesellschaft erheblich.

Unabhängige Institution

Die nächste Regierung sollte daher einen Gleichstellungsrat gesetzlich verankern. Österreich braucht

eine von der jeweiligen Regierung und parteipolitischen Interessen unabhängige, kontinuierlich arbeitende Institution, die Gleichstellungsdefizite aufzeigt und Maßnahmen auf ihre Gleichstellungswirkung überprüft.

Österreich hat einen gesetzlich verankerten Fiskalrat, der die Budgetpolitik der Regierung überwacht, sowie einen Produktivitätsrat, der die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs beurteilt. Wir brauchen einen Gleichstellungsrat, der eine solche Kontrollfunktion für die Gleichstellung übernimmt.

Ein Land, dessen wichtigste Ressource das Wissen und Können seiner Menschen ist, kann es sich wirtschaftlich und gesellschaftlich nicht leisten, das Potenzial der Hälfte seiner Arbeitskräfte ungernutzt zu lassen. Die neue Regierung kann hier

neue Wege gehen und mit der Gleichstellungspolitik auch Schritte gegen die wirtschaftliche und soziale Stagnation setzen.

MANUELA VOLLMANN ist Geschäftsführerin von ABZ* Austria.

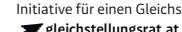
NADJA BERGMANN ist Leiterin des Instituts L&R Sozialforschung.

ANDREA LEITNER ist Senior Researcher am Institut für höhere Studien (IHS) in der Forschungsgruppe Bildung und Arbeit.

CHRISTINE MAYRHUBER ist Wifo-Ökonomin und Vorsitzende der Alterssicherungskommission.

MARGIT SCHRATZENSTALLER ist Ökonomin am Wirtschaftsforschungsinstitut (Wifo) und arbeitet dort als Budgetexperte in der Forschungsgruppe „Makroökonomie und öffentliche Finanzen“.

Die Autorinnen sind Mitinitiatorinnen der Initiative für einen Gleichstellungsrat.

 gleichstellungsrat.at